

# „Fremdenfeindlichkeit: Antwort auf politische Versäumnisse“

**D**ie wachsende Fremdenfeindlichkeit in Deutschland ist nicht zuletzt eine aggressive Antwort auf fehlende Konzepte in der Migrationspolitik. Das erklären sechzig deutsche Professoren und Professorinnen in einem gemeinsamen Manifest zum Thema Einwanderung, das jetzt veröffentlicht wurde. Prof. Dr. Klaus J. Bade, Herausgeber des Manifests, erläutert die Anliegen der Wissenschaftler:

„Unsere gemeinsame Aktion ist vor dem Hintergrund jahrelanger politischer Versäumnisse entstanden. Die sonst so ereignisreichen achtziger Jahre waren in puncto Migration ein verlorenes Jahrzehnt. Notwendig ist die sachliche „Generaldebatte“ über die Zukunft von Bevölkerung, Wirtschaft, Politik und Kultur in Deutschland.

Für eine gezielte Einwanderungspolitik ist eine neue Gesetzgebung und eine Umgestaltung des Ausländerrechts ebenso unverzichtbar wie die Unterstützung durch umfassende gesellschaftspolitische Maßnahmen. Dazu muß ein Bundesministerium für Migration, Integration und multikulturelle Angelegenheiten geschaffen werden. Die aktuelle Diskussion um Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit verschleiert die Tatsache, daß die Bundesrepublik in Zukunft verstärkt auf Zuwanderung angewiesen ist. Nach unserer Einschätzung können die einschneidenden Folgen von Geburtenrückgang und Alterungsschub für Sozialstaat und Wirtschaftsentwicklung durch Einwanderung zwar

nicht behoben, aber doch entscheidend gemildert werden

Ein Beitrag zur Lösung innerer Probleme kann Zuwanderung aber nur dann sein, wenn einheimische Mehrheit und zugewanderte Minderheit neben- und miteinander leben können. Dafür sind nicht kulturelle, sondern auch wirtschaftliche Bedingungen entscheidend. Am günstigsten sind sie, wenn Einwanderer gebraucht werden, für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen, und ihren Beitrag zur Sicherung des Generationenvertrags leisten können. Umgekehrt kann Migration aber auch desta-

diskriminierungssetz zu schaffen.

Aber wir gehen mit unserem Manifest über eine wissenschaftliche Aufarbeitung hinaus. Wir wehren uns gegen die politische Tabuisierung des Themas Einwanderung. Wenn heute gesagt wird, die seit mehr als einem Jahrzehnt überfällige Debatte um Einwanderungsgesetz und Migrationspolitik sei der Öffentlichkeit nicht zuzumuten, und nur geeignet, die Fremdenfeindlichkeit zu erhöhen, dann werden Ursachen und Folgen verkehrt. Die aktuellen politischen Schweigegebote sind nur die Fortsetzung der „Vogel-Strauß-Politik“ in

wanderungslandes, um seine Interessen und Probleme.“

Die Erklärung der Wissenschaftler erschien im Januar 1994 als Buchveröffentlichung unter dem Titel **„Das Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung“** in der Beck'schen Reihe im Verlag C.H. Beck (München) und wird ergänzt von zehn erläuternden Einzelbeiträgen der Autoren. Gefördert wurde das Projekt vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und von der Freudenberg Stiftung.

**Professor Klaus J. Bade** (geb. 1944) ist seit 1982 Professor für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück. Er ist außerdem Direktor des interfakultativen „Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien“ sowie Vorsitzender der „Gesellschaft für historische Migrationsforschung“. Er hatte Gastprofessuren an den Universitäten Harvard und Oxford und veröffentlichte zahlreiche Bücher.

## „Aktuelle politische Schweigegebote setzen Vogel-Strauß-Politik der Achtziger fort“

bilisierend wirken, wenn die Mehrzahl der Zugewanderten auf Sozialleistungen angewiesen bleibt und am Rande der Gesellschaft, in einer Ghettosituation oder gar in der Illegalität lebt. An der Steuerung der Einwanderung führt deshalb kein Weg vorbei. Dafür sind bereits jetzt die gesetzlichen, institutionellen und psychologischen Voraussetzungen zu schaffen. Wir sprechen uns unter anderem dafür aus, die Einbürgerung zu erleichtern, die doppelte Staatsangehörigkeit zuzulassen, dauerhaft im Lande lebenden Ausländern auch aus Nicht-EG-Ländern einen besonderen Status und das kommunale Wahlrecht einzuräumen sowie ein Anti-

den achtziger Jahren nach dem Motto: „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland.“

Bewußt ausgeklammert haben wir in unserem Manifest den Bereich „Flucht und Asyl“, der nicht mit dem Thema Einwanderung verwechselt oder gar dagegen ausgespielt werden darf. In Flüchtlingsfragen geht es um Hilfe für die Flüchtlinge durch Schutz und Asyl und um die Bekämpfung der Fluchtursachen. In Einwanderungsfragen aber geht es vornehmlich um die Selbsthilfe des Ein-

